LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
16. Wahlperiode

Drucksache 16/5302
17. 07. 2015

Antrag

der Fraktion der CDU

Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA: Europäische Standards sichern, rheinland-pfälzische Exportwirtschaft stärken

Der Landtag stellt fest:

Seit 1991 ist die rheinland-pfälzische Wirtschaft um elf Prozentpunkte weniger gewachsen als die gesamtdeutsche Wirtschaft. Das hängt sicherlich auch damit zusammen, dass die industrielle Entwicklung, die Quote der Betriebsgründungen, die Selbstständigenquote sowie die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen in Rheinland-Pfalz teilweise deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Rheinland-Pfalz braucht eine Wirtschaftspolitik, die die Voraussetzung für mehr Wachstum schafft.

Eine tragende Säule unserer Wirtschaftskraft ist der Außenhandel: Der rheinland-pfälzische Außenhandel startete mit Zuwächsen ins Jahr 2015. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Landesamts wurden von Januar bis März Güter im Wert von fast 12,8 Milliarden Euro exportiert.
Mehr als die Hälfte der rheinland-pfälzischen Exporte (7,6 Milliarden Euro) ging im ersten Quartal in Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Dabei bezogen die Länder der Euro-Zone Waren im Wert von über 5,3 Milliarden Euro. Das wichtigste Partnerland war Frankreich, das Waren im Wert von über 1,3 Milliarden Euro aus Rheinland-Pfalz abnahm. In etwa der gleichen Größenordnung lagen die Ausfuhren in die USA, die mit einem Anteil von 10,2 Prozent der zweitwichtigste Absatzmarkt waren.

Entsprechend große Bedeutung messen rheinland-pfälzische Unternehmen den Verhandlungen über das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) mit den USA bei. Beispielsweise bestehen im Bereich der Landwirtschaft gute Chancen für einen verstärkten Export rheinland-pfälzischer Lebensmittel in die USA. Qualitativ hochwertige Agrarprodukte wie zum Beispiel Milcherzeugnisse, Wein und Wurstwaren aus Deutschland und Europa erfreuen sich in den USA einer wachsenden Beliebtheit. Verschiedene Wirtschaftsvertreter erwarten positive wirtschaftliche Effekte durch die Anpassung und gegenseitige Anerkennung von Normen, Standards und Zertifizierungen. Allein der Abbau der mit durchschnittlich 6 Prozent bereits heute geringen Zölle würde nach Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln für die deutsche Industrie jährlich Kosten in Höhe von 3,5 Milliarden Euro einsparen. Nicht tarifäre Barrieren (z. B. unterschiedliche Regulierungen, unterschiedliche Zulassungsverfahren) wirken im EU-US-Handel durchschnittlich wie ein Zoll von etwa 20 Prozent. Vom Abbau nicht tarifärer Handelshemmnisse, wie unterschiedlicher Standards und Normen, können alle, vor allem aber kleine und mittlere Unternehmen in Rheinland-Pfalz, erheblich profitieren.

In Teilen der Öffentlichkeit regt sich allerdings auch Widerstand gegen das geplante Freihandelsabkommen. Auch die kürzlich (Mai 2015) vorgelegten Reformpläne aus Brüssel und Berlin für die umstrittenen Schiedsgerichte im Freihandel stoßen bei den Kritikern des Abkommens weiterhin auf Ablehnung. Es wird befürchtet, dass durch die Anrufung privater Schiedsstellen unabhängige nationale Gerichte umgangen würden und ausländische Investoren somit begünstigt werden könnten.

b. w.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 17. Juli 2015

Die Kritik der Bevölkerung gilt es ernst zu nehmen und sich verstärkt für ein höchstmögliches Maß an Transparenz im Verhandlungsprozess sowie für die Sicherung europäischer Standards einzusetzen.

So kann das Freihandelsabkommen zu einem Erfolg für die rheinland-pfälzische Wirtschaft und Landwirtschaft werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf,

- sich für einen erfolgreichen Abschluss des Abkommens einzusetzen und die Bundesregierung hierbei zu unterstützen;
- die großen Chancen, die sich durch TTIP für das Exportland Rheinland-Pfalz ergeben, aufzugreifen und sich dementsprechend im Bundesrat für eine Ratifizierung von TTIP stark zu machen;
- sicherzustellen, dass europäische Standards – beispielsweise im Bereich der Lebensmittelsicherheit und im Umweltschutz – nicht gesenkt werden;
- den Landtag zeitnah über Einschätzungen und den aktuellen Stand der Verhandlungen zu unterrichten.

Für die Fraktion:
Hans-Josef Bracht